

Gemeinde lässt Sicherheitsbericht und UVP-Unterlagen für Zwischenlager von Experten in München prüfen

Ihre Stellungnahme muss die Gemeinde bis zum 17. April vorlegen. Sie ist Teil des atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens.

Von Rolf Bultmann

Rodenkirchen/Kleinensiel. Das Umweltinstitut München wird für die Gemeinde Stadland eine Stellungnahme zum Sicherheitsbericht und zu den Unterlagen der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)

für das beim Kernkraftwerk Unterweser geplante Zwischenlager erarbeiten. Die Ergebnisse der Tätigkeit des Instituts will die Gemeinde in Form von Forderungen oder Einwendungen im derzeit laufenden atomrechtlichen Genehmigungsverfahren geltend machen.

Den Auftrag an das Umweltinstitut München, einem Verein zur Erforschung und Verminderung der Umweltbelastung, der sich seit seiner Gründung vor 15 Jahren für einen schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomenergie ein-

setzt, vergab der Verwaltungsausschuss der Gemeinde am Montag. Der Straßen-, Wege-, Umwelt- und Landschaftspflege-Ausschuss des Stadlander Rates legte während seiner öffentlichen Sitzung am Dienstag die Schwerpunkte der Fragestellungen fest, mit denen sich das Umweltinstitut beschäftigen soll.

Er habe die vergangenen öffentlichen Diskussionen um die Errichtung des Zwischenlagers verfolgt. Die dabei aufgeworfenen Fragen könnten auch Inhalt der Stellungnahme der Gemeinde Stadland

sein, schlug Michael Heibült vom Stadlander Bauamt dem Ausschuss vor, der dieser Empfehlung auch folgte.

Somit soll das Umweltinstitut München bei der Erstellung der Stellungnahme für die Gemeinde insbesondere auf die Sicherheit der Castor-Behälter, auf den Schadensbehebung an Castor-Behältern, auf die Freisetzung von Strahlen aus den Behältern und aus der Lagerhalle, auf die Überwachung des Zwischenlagers, auf den Einsatz anderer Lagerbehälter mit geringerer Abschirmung, auf die Sicher-

heit des Lagergebäudes vor Einwirkungen von außen sowie auf die Beeinträchtigung möglicher Folgenutzungen des KGU-Geländes durch das Zwischenlager eingehen.

Wie Michael Heibült berichtete, benötige das Umweltinstitut München rund zehn Arbeitstage für die Erarbeitung der Stellungnahme. Bürgermeister Boris Schierhold gab bekannt, dass das Bundesamt für Strahlenschutz der Gemeinde Stadland für die Abgabe einer Stellungnahme eine Fristverlängerung bis zum 17. April eingeräumt hat.